

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fehrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röllestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechspaltenigen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **376500** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Die passive Resistenz als Kampfmittel der Walzwerkerarbeiter.

Von einem Walzwerkerarbeiter wird uns geschrieben:

In den letzten Jahren hat ein neues Mittel im Klassenkampf der Arbeiter wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt. Zuerst wurde von den italienischen Eisenbahnern die eigenartige Kampfakt der passiven Resistenz in Anwendung gebracht. In jüngster Zeit waren es die österreichischen Eisenbahner, die mit Energie und Umsicht sich der neuen Form bedienten, um Zugeständnisse der Unternehmer und der Regierung zu erlangen, und sie hatten damit namhafte Erfolge aufzuweisen. Das Mittel der passiven Resistenz (untätiger Widerstand) besteht bekanntlich darin, daß die Arbeiter alle Maßnahmen, die zur Sicherheit des Betriebs erforderlich sind vorgezeichnet sind, peinlich genau erfüllen. Voilà tout! Sonst nichts. Geschieht dies aber, so stoßt der ganze Betrieb und es ist nicht möglich, die Arbeiten in der hergebrachten Art und Weise und in der bislang üblichen Zeit zu bewältigen. Von den Zeitungen, die im Interesse des Unternehmertums schreiben, ist das neue Kampfmittel der passiven Resistenz bisher nur ganz oberflächlich gewürdigt worden. Sehr begreiflich; denn die Tatsache allein, daß die genaue Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften den ganzen Betrieb brachlegen kann, ist so ungeheuerlich und weist ein so bezeichnendes Licht auf die Frage von Arbeiterschutz, daß es erklärlich ist, wenn die journalistischen Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht gern davon reden. Um so mehr müssen die Arbeiterzeitungen sich bemühen, auf das Skandalöse dieses Sachverhaltes hinzuweisen.

In den Nachweisen der Berufsgenossenschaften über die Ursachen der entschädigten Unfälle spielen die Rubriken: Ungeschicklichkeit, Unachtsamkeit, Leichtsinns der Arbeiter und Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften eine große Rolle. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir den größten Teil der solcherart untergebrachten Unfälle auf die erwiesene Tatsache zurückführen, daß es bei den gegebenen Hilfsmitteln und bei der Höhe der Ausbeutungsquote, auf die die Unternehmer erpicht sind, gar nicht möglich ist, die vielfachen Vorschriften zu beachten und überhaupt die erforderliche Achtsamkeit auf die Arbeit zu verwenden.

Wenn das Kampfmittel der passiven Resistenz bisher nur von den Eisenbahnern benützt worden ist, so ist damit natürlich nicht gesagt, daß es nicht auch für Industriebetriebe mit Vorteil für die Arbeiter zu gebrauchen wäre. Je mehr die Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen und Aktiengesellschaften vor sich geht und je mehr die wirtschaftliche Macht dementsprechend sich auf einzelnen Punkten anhäuft, um so riesenhafter und einschneidender und damit auch opfervoller werden die Streiks der Arbeiter werden, so daß es wohl begreiflich und angebracht erscheint, wenn die Arbeiter auch andere Weile in ihrem Köcher auf ihre Schärfe prüfen und gegebenenfalls auf ihren Bogen spannen.

Nun ist die Sachlage in den Walz- und Hüttenwerken bei der vorgeschrittenen Kapitalkonzentration in der Schwermetallindustrie derart, daß es nur unter Aufwendung hoher Opfer möglich sein dürfte, hier Lohnkämpfe durch Streiks mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen, und dann bieten gerade die Walzwerke mit ihrer wüstenhaften, sich kaum an irgend welche Arbeiterschutzbestimmungen fahrenden Arbeitslag ein in mancher Beziehung geeignetes Objekt für die Arbeiter, um durch die passive Resistenz Verbesserungen im Arbeitsverhältnis zu erzielen.

Allerdings liegt die Sache etwas anders als bei den Eisenbahnern. Diese stehen in festem Lohne, während die Walzwerkerarbeiter zum Teil in Akkord beschäftigt sind und deshalb bei einer Verringerung der Produktivmenge, die sich als Wirkung der passiven Resistenz bald bemerkbar machen würde, selbst eine empfindliche Einbuße erleiden würden. Indes kommt der Stücklohn in anderer Form — als Prämienystem — auch noch bei den Eisenbahnern vor, und dann müssen natürlich, um zu großen Zielen zu kommen, auch irgendwie wertvolle Einsätze gemacht werden; jedenfalls wäre der Lohnverlust der Akkordarbeiter ein weit geringerer Schaden und eher von der Organisation auszugleichen, als etwa die Ausbringung der Streikunterstützung für Tausende von Arbeitern. Als zweiter Einwand käme in Betracht, daß die Kapitalmagnaten der Hüttenindustrie wohl eher in der Lage und gewillt sein würden, ihre Betriebe zu schließen und eine Massenauflösung vorzunehmen, als die Eisenbahngesellschaften. Aber die Arbeiter wollen ja weiter nichts als das, wozu sie laut Arbeitsvertrag und Unfallverhütungsvorschriften verpflichtet sind, genau befolgen. Die Unternehmer würden sich von vornherein ins Unrecht setzen, wenn sie auf solch lobenswerthes Verhalten der Arbeiter mit brutalen Mitteln antworten würden. Eine öffentliche Meinung existiert trotz alledem. Durch das Kampfmittel der passiven Resistenz würden in geradezu klassischer Weise die Worte Marx illustriert: „An eurer Ruhe werden die Preußen verzweifeln!“ Jedenfalls dürfte mein Vorschlag sehr der Erwägung wert sein. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß nun von heute auf morgen die Resistenz geübt werden soll — dazu gehört gerade wie beim Streik eine gute Organisation im Beruf —, es soll vor allem den Hütten- und Walzwerkerarbeitern gezeigt werden, daß auch sie noch andere

Weile im Köcher haben als nur den Streik und daß diese erfreuliche Möglichkeit ihren Organisationsleiter anregen soll, damit bei geeigneter Zeit die Konsequenzen gezogen werden können. Und die Herren vom Stahlwertverband sollen sich gesagt sein lassen, daß die Arbeiter immer die Waffen im Klassenkampf anzuwenden werden, von denen sie überzeugt sind, daß sie die Arbeiter selbst am wenigsten schwächen können. Deshalb mögen die Herren nicht allzulehr auf ihre Millionen pochen.

Wir wollen jetzt kurz andeuten, wie etwa im Falle der Anwendung der passiven Resistenz diese im Walzwerkbetrieb wirken würde.

Was zunächst den sehr umfangreichen Eisenbahn- und Rangierbetrieb in den Hüttenwerken anlangt, so wäre die Folge der genauen Einhaltung der Sicherheitsvorschriften natürlich gerade so, wie im Staatsbahnbetrieb: es wäre eine viel längere Zeit zu den einzelnen Arbeiten erforderlich.

Kämen nun die Arbeiter auf Schicht, so müßten sie, anstatt gleich die Zangen zur Hand zu nehmen und an die Walzen und Öfen zu gehen, erst etwas anderes besorgen. Es heißt in den Unfallverhütungsvorschriften:

Jeder Arbeiter hat darauf zu achten, daß der Fußboden (Plattenbelag) von Unebenheiten, umherliegenden Material, Abfällen, schlüpfrigen Stoffen und dergleichen frei sei. Etwaige Mängel hat er sofort zu beseitigen oder, falls dies nicht möglich ist, seinem Vorgesetzten sogleich anzuzeigen.

Also Hebel und Stangen her, Schiebkarren voll Sand geholt, um einen ungefährlichen Plattenbelag herzustellen, denn ein dauernd ebenen und nicht schlüpfrigen Belag kennt man jetzt fast auf keinem Werke. Und dann müßten die oft berghohen Materialhaufen weggeschafft werden. Weiter soll jeder Arbeiter bei Beginn der Schicht darauf achten, daß Werkzeuge, Maschinen, Dampfessel etc. in ordnungsmäßigem Zustand vorhanden sind. Dies festzustellen, erfordert Zeit. Der Maschinist wird also, ehe er die Walzenzugmaschine in Betrieb setzt, pflichtgemäß alle Schrauben, Bolzen, Lager, Bolzen kontrollieren, was nicht im Handumdrehen geht. Da der abtretende Wärter sich nur dann entfernen darf, wenn der abtretende alles in Ordnung befunden hat, so müßten die hierdurch entstehenden umfangreichen Überstunden in Kauf genommen werden, sie könnten ja, um den Kampf so „unblutig“ wie möglich verlaufen zu lassen, als Ausgleich den Akkordarbeitern zustehen. Eine andere Vorschrift: „Kein Arbeiter darf sich während der Arbeit im Drehkreis des Kranses aufhalten.“ hängt völlig in der Luft; wenn sie befolgt werden soll, ist ein Arbeiter an dem Krane überhaupt nicht möglich. Derartige Fälle kann jeder Hüttenarbeiter vermehren in infinitum.

Die Herren, die die Unfallverhütungsvorschriften ausarbeiten, mögen wohl meist am grünen Tische sitzen und von der praktischen Gestaltung der Arbeitsausübung wenig Ahnung haben. „Leicht beieinander wohnen die Gebauten, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“ Würde nun etwa bei einer derart genauen Befolgung der Sicherheitsvorschriften der Unternehmer oder seine Beauftragten „ruppig“ werden, so müßten die Arbeiter in aller Ruhe auf die Fabrikkonstruktion verweisen, wo es heißt:

Alle zugeteilten Arbeiten sind stets auf das Beste nach den gegebenen Vorschriften und unter Beachtung der etwa getroffenen Sicherheitsanordnungen auszuführen.

Hat der Arbeiter ein notwendiges Bedürfnis zu verrichten, so darf er sich nach der Arbeitsordnung nicht an den Walzenländer stellen, sondern er muß dazu die Bedürfnisanstalt aufsuchen. Warum wettet denn da der Betriebsführer, der eben ankam, daß der „Schnapper“ fehlt und dadurch ein Block in den „Schrot“ (Ausschuß) manberte? Ein anderer Arbeiter wollte den Genossen gutmütigerweise ablösen, aber das wäre wieder gegen die Arbeitsordnung:

Es ist verboten, sich ohne Erlaubnis des Vorgesetzten bei seiner Arbeit durch einen anderen vertreten zu lassen oder einen anderen bei dessen Arbeit zu vertreten.

Diese kleinen Hinweise mögen genügen. Die Hüttenarbeiter haben allen Anlaß, das Gesagte zu überdenken. Auch sie haben noch andere Kampfmittel als die ultima ratio des Streiks. Die Unternehmer vom Stahlwertverband und ihre Bannerträger aber mögen ihren lächerlich überspannten Herrenstandpunkt nicht zu sehr hervorkehren. Denn „allzuhart gespannt zerpringt der Bogen und auf den Schützen fliegt der Pfeil zurück“.

Prosperität und Krise.

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage einen kritischen Charakter angenommen hat. In den anlässlich ihrer Rechnungsabschlüsse veröffentlichten Jahresberichten machen manche Aktiengesellschaften Mitteilung darüber, daß ihr Auftragsbestand nur für kurze Zeit noch reiche und Ungewissheit über die weitere Entwicklung des Geschäftes bestehe. Diese Mitteilungen sind für die Beurteilung der Lage und der Aussichten für die nächste Zukunft bedeutungsvoller als die Berichte zahlreicher anderer Gesellschaften, nach denen sie noch mit vielen Aufträgen versehen und ihre Betriebe vollumfänglich beschäftigt sind.

Zu den kommen noch Betriebszweckdrängungen in verschiedener Form, Arbeiterentlassungen, Preisherabsetzungen und Wiedergewährung der Ausfuhrprämien in der Eisen- und Stahlindustrie, der rapide Preissturz in der Kieferindustrie, der Bankrott in Deutschland und Amerika, der unbefriedigende Ausfall der Ernte und die herrschende ungeheure Teuerung, namentlich der Lebensmittel und Mieten, die die Einschränkung des Konsums der Massen an anderen Bedarfsartikeln aller Art, die aber hauptsächlich Gewerbe- und Industrie-

artikel sind, zur unvermeidlichen Folge hat. Das ist der Zustand, der schon öfters bei Beginn der Krise vorhanden war, daß beim verhältnismäßig höchsten Stande der Arbeitslöhne eine Überproduktion, eine Geschäftskodung und Krise sich geltend machen und der seine Ursache darin hat, daß die Produktion rascher steigt als die Kaufkraft der Massen. Gegenwärtig wirkt als besondere Ursache des Stillstandes oder Rückganges des Massenkonsums auch noch die Teuerung der industriellen Massenartikel und Gewerbeprodukte neben der Lebensmittelteuerung mit. Es sei nur an die Schuhe, Kleider, Wäsche, Güte, Möbel, Porzellan- und Glasgeschirr, Seife, Zigarren und Tabak u. s. w. erinnert. Das Mißverhältnis zwischen Konsumtion und Produktion würde noch erheblich größer sein, wenn sich nicht die organisierte Arbeitererschaft in Tausenden von Lohnkämpfen für Lohnerhöhungen gemehrt und so etwas mehr Mittel zur Befriedigung ihrer mannigfaltigen Bedürfnisse erlangt hätte.

Die Gegner betreiben bekanntlich die Demagogie, und zwar nicht zuletzt die Agrarier und ihre Presse, gerade die Lohnerhöhungen für die herrschende Teuerung verantwortlich zu machen. In Wahrheit ist das umgekehrte der Fall, vor allem bei den Agrariern selbst. Sie haben die Preise aller landwirtschaftlichen Produkte seit zwei Jahren in maßloser Weise erhöht, aber nicht infolge bewilligter Lohnerhöhungen, sondern ausschließlich infolge der riesigen Zollerhöhungen, die ja offen als Mittel für die Preistreiberien, für die planmäßige und zielbewußte Herbeiführung einer empfindlichen Teuerung gefordert und von der Regierung, wie auch von den bürgerlichen Parteien bewilligt worden waren. Wie große Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen, so singen die Agrarier ihre Preistreiberien schon vor dem Inkrafttreten der neuen Wucherzölle an und seitdem haben sie die Erhöhung der Preise als Schraube ohne Ende unaufhörlich fortgesetzt. Die diesjährige teilweise Mißernte ist für die Agrarier ein Glücksfall, denn sie ist zu den hohen Zöllen noch ein weiteres Mittel, die Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte „per se und phantastisch“ in die Höhe zu treiben. Dabei hat man von Lohnerhöhungen in der Landwirtschaft nichts gehört.

Ebenso verhält es sich mit den anderen Bedarfsartikeln der Arbeitererschaft. Die Mieten sind in allen Städten maßlos gesteigert worden, auch wenn keine einzige Kategorie von Bauarbeitern eine Lohnerhöhung erhalten hat. Es ist die immer lärmige dreifache Spekulation: Boden-, Bau- und Häuserpekulation, die die Wohnungen verteuert und die Mieten zu einer unerschwinglichen Höhe emporreibt.

Viele Gewerbe- und Industrieartikel steigen im Preise, nicht wegen Lohnerhöhungen, sondern wegen der Verteuerung der Rohstoffe. Darüber hinaus benützen die Unternehmer die Verbesserung der Wirtschaftslage zur Erhöhung ihrer Warenpreise, um höhere Profite zu erzielen. Das geschieht besonders von den gut organisierten Unternehmern und da speziell wieder von den Kartellen und Syndikaten, die ja zum Teil, begünstigt durch die hohen Schutzzölle, eine Monopolstellung im Inland einnehmen und konkurrenzlos die Preise diktieren können. So sind die Preise der verschiedenen Eisen- und Stahlorten nach den Notierungen an der Düsseldorfer Börse in der Prosperitätsperiode 1903/1906 erhöht worden:

	1903	1906	mehr in Prozent
Spiegeleisen Ia. 10 bis 12 Prozent Mangan	67	92-93	38
Weißstrahl. Qualitäts-Puddelroh Eisen:			
a) Rhein-Weißf. Marken	56	68	21
b) Siegerländer Marken	56	68	21
Stahleisen	58	70	21
Deutsches Bestemereisen	67,50-68,50	82	20
Thomasseisen frei Verbrauchsstelle	57,40-58,10	72,50-73	24
Puddel Eisen, Luxemb. Qualität ab Luxemburg	45,60-46,40	56,84-56,60	24
Luxemburger Siebereisen Nr. III ab Luxemburg	52	66	27
Deutsches Siebereisen Nr. I	67,50	78	17
Deutsches Siebereisen Nr. III	65,50	70	7
Deutsches Samatit	68,50	82	20
Gewöhnliches Stabeisen (Flusseisen)	110-112	134-136	21
Gewöhnl. Stabeisen (Schweiß-eisen)	120	152	26
Gewöhnliche Bleche aus Flusseisen	130	146-148	13

Also Preissteigerungen in den drei Jahren von 4,50 bis 92 Mt. oder um 7 bis 38 Prozent.

Aus den Berichten der Berufsgenossenschaften wissen wir aber, daß sich die Löhne der Arbeiter in verhältnismäßig viel geringerem Maße erhöht haben, wobei noch besonders zu bedenken ist, daß die höheren Jahreslohnummern meist erst durch Überanstrengung Akkordarbeit, Überstunden erreicht wurden. Die Lohnverhältnisse der Hütten- und der übrigen Eisenarbeiter rechtfertigten daher auch keineswegs die starke Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise, bei denen es sich eben um einen Beutzug des Kapitals, um die Erhöhung des Profits handelte. In welchem Maße dieses Ziel erreicht wurde, lassen die Millionenergebnisse und hohen Dividenden der großen Aktiengesellschaften erkennen, die im Golde schwimmen und die Dividenden von 15, 20, 25, 30, 40, 50 und mehr Prozent verteilen. Zum großen Teile haben die Gesellschaften überdies ihre Reservecapitalien bedeutend vergrößert, so daß sie auch der Krise mit Ruhe und Sicherheit entgegengehen können.

Die ganze Furchtbarkeit einer neuen Krise wird wiederum die Arbeitererschaft bis auf die Reihe hüben müssen, als der Frühlings des Kapitalismus, der Kommandanten der Industrie. Diese Rolle zeichnete schon Laßalle in seinem „Bastiat-Schulze“ mit den Worten: „Der Rücken der Arbeiter ist also der selbstlose grüne Tisch, auf welchem die Unternehmer und Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu dem die heutige Produktion geworden ist. Der Rücken der Ar-

führt wird, bis 1910 der Achthunderttag erreicht ist. In anderen Städten des Westens und Nordwestens mußte die Forderung betreffend Einführung des Achthunderttags aufgegeben werden. Zu die Streiks, die um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt wurden, haben wiederholt die Gerichte durch Ausgabe von Einhaltsbefehlen (writs of injunction) an die Streikenden zugunsten der Unternehmer eingegriffen. Valentine zählt in seinem Bericht verschiedene solche Fälle auf. Abhilfe kann in dieser Beziehung nur geschaffen werden, wenn es gelingt, dem auf Veranlassung der gewerkschaftlichen Landeszentrale dem Bundesparlament vorgelegten Gesetzentwurf gegen die Anwendung der Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen zur Annahme zu verhelfen. — Die Streiks im Jahre 1908 waren zumeist auf die Erlangung des Neunhunderttags gerichtet und in der Mehrzahl erfolgreich. Die im folgenden Jahre eintretende Wirtschaftskrise machte hingegen viele Streiks zur Abwehr von Lohnkürzungen notwendig, so daß weniger Gewicht auf die Herabsetzung der Arbeitszeit gelegt werden konnte. Die Wirtschaftskrise war nicht von solcher Schwere, um Lohnkürzungen zu rechtfertigen; zudem mußten solche aus dem Grunde verhindert werden, weil die Kosten der Lebenshaltung bedeutend stiegen und noch steigen. Vom Frühjahr 1904 bis Ende 1906 war die Organisation vollständig in der Verteidigungstellung, um ihre früheren Errungenschaften zu wahren. Erst vom Oktober 1905 an konnte wieder zum Angriff übergegangen werden. Das Ergebnis der Lohnbewegungen von 1906 und 1907 war ein gutes. Im Jahre 1906 allein erhielten mehr Mitglieder Lohnserhöhungen, als dem Verband 1902 angehört hatten. Leider machte Valentine über diesen Gegenstand keine näheren Angaben.

Versuche, die verschiedenen Metallarbeiterorganisationen in den Vereinigten Staaten zu einem Verband zusammenzuschließen, schlugen fehl. Seit März 1906 besteht wieder eine Organisation unter dem Namen Federated Metal Trades, der aber bloß die einheitliche Durchführung der Agitation obliegt; sie besteht aus den Verbänden der Gießer, Schmiede, Kesselschmiede, Maschinenbauer, Modellmacher sowie der Metallpolierer und -Fräiser.

Das Finanzwesen der Iron Molders' Union ist kompliziert. Es ergibt sich, daß ohne Berücksichtigung der verschiedenen Spezialfonds die Einnahmen der Zentrale in den fünf Jahren vom 20. Juni 1902 bis 20. Juni 1907, einschließlich des Überschusses aus der vorhergegangenen Rechnungsperiode, 2457683,55 Dollar betragen; die Ausgaben für Streiks erforderten 1498595,33 Dollar, die Streik- und Invalidenunterstützung 284698,37 Dollar, Agitation, Verwaltungskosten, Herausgabe der Verbandszeitschrift, Rechtshilfe etc. 454863,33 Dollar, an die „Trustees“ (Vermögensverwahrer) wurden 200542,26 Dollar abgeliefert. Der Überschuss in Händen des Kassierers stellte sich am 20. Juni 1907 auf 18985,24 Dollar. Die Einnahmen und Ausgaben der Spezialfonds sind in folgendem dargestellt.

Krankenfonds.	
Kassenbestand am 20. Juni 1902	29377,40
Einnahmen während der Rechnungsperiode	938365,43
Zusammen	967742,83
Ausgaben für Krankenunterstützung	895324,50
Überweisung an den Verbandsstagsfonds	26489,97
„ „ Krankenreferendons	5618,79
Überschuß am 20. Juni 1907	40303,57
Zusammen	967742,83
Krankenreferendons.	
Kassenbestand am 20. Juni 1902	3518,—
Einnahmen	126338,55
Zusammen	129856,55
Zuschüsse an die Ortsgruppen	119719,76
Überschuß	9136,79
Zusammen	128856,55
Arbeitslosenfonds.	
Kassenbestand am 20. Juni 1902	39520,27
Einnahmen	136159,39
Zusammen	175679,66
Ausgaben für Bezahlung der Verbandsbeiträge arbeitsloser Mitglieder	34610,22
Überweisung an den Krankenreferendons	11862,53
Anderer Ausgaben	4155,03
Überschuß	125021,88
Zusammen	175679,66
Verbandsstagsfonds.	
Kassenbestand am 20. Juni 1902	456,74
Einnahmen	95397,33
Zusammen	95854,07
Überweisung an den Krankenreferendons	67500,—
Anderer Ausgaben	26489,97
Überschuß	1544,10
Zusammen	95334,07

Der Krankenfonds wird nicht zentralisiert, sondern von den Ortsgruppen verwaltet; die Aufsicht über die Verwaltung dieses Fonds führt der „Financier“, ein Beamter des Zentralverbandes und sein Adjutant.

Seit dem 20. Juni 1902 wurden 41551 Mitglieder in den Verband aufgenommen. Die Zahl der Ausgeschiedenen wird nicht mit-

geteilt, ebensowenig der gegenwärtige Mitgliederstand. Fernerhin soll über die Stärke der Organisation nichts mehr veröffentlicht werden, um die Unternehmer in diesem Punkte im unklaren zu lassen.

Von den Beschlüssen des 23. Verbandstages der Iron Molders' Union können nur die wichtigsten erwähnt werden. Einer der ersten angenommenen Anträge fordert vom Verbandsauschuß, daß er beim Vereinharen von Tarifverträgen mit den Unternehmern auf die Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit in Gießereien Gewicht lege. Ein Antrag, den Mitgliedern die Arbeit in Open Shops zu verbieten, wurde abgelehnt. Präsident Valentine und zwei von ihm ernannte Mitglieder haben innerhalb drei Monaten nach Schluß des Verbandstages eine Konferenz der Metallarbeitergewerkschaften Amerikas einzuberufen, um einen engeren Zusammenschluß derselben herbeizuführen. Der Antrag, die Socialist Party (eine der beiden rivalisierenden sozialistischen Parteien in den Vereinigten Staaten) als die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiter vertritt, anzuerkennen, wurde ohne Debatte abgelehnt. Ein Beschluß empfiehlt allen Mitgliedern des Verbandes, bei Einkäufen Waren mit Gewerkschaftsmarken zu bevorzugen. Die Unternehmer sollen veranlaßt werden, die Gewerkschaftsmarke der Iron Molders' Union an allen Erzeugnissen anzubringen, die unter den im Statut festgesetzten Arbeitsbedingungen hergestellt werden. — Der Verbandsauschuß hat alle Mittel anzuwenden, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Besondere Anstrengungen sollen gemacht werden, um das Prämiensystem und die sogenannte Kontraktarbeit zu beseitigen; Mitglieder, die sich durch Kontrakte zu bestimmten Arbeitsleistungen verpflichteten, sind zu veranlassen, daß sie von diesen Kontrakten zurücktreten. Jedes System, das in der Praxis eine Vermehrung des zu leistenden Arbeitsquantums zur Folge hat sowie jede Bestimmung in Arbeitsordnungen, die den Unternehmern ermöglicht, den kräftigsten und fähigsten Arbeiter als „Schrittmacher“ zu benützen, dem alle folgen müssen, wird als ungerecht und für den Durchschnittsarbeiter schädigend erklärt. — Ob für die an Formmaschinen beschäftigten Arbeiter Stück- oder Zeitlohn zu verlangen ist, wird nach den örtlichen Verhältnissen zu entscheiden sein. — Mitglieder, die in Gießereien von Strafanklagen Stellung als Vorarbeiter oder Instruktoren der Gefangenen annehmen, werden ausgeschlossen. Mitglieder, die weibliche Hilfskräfte in Gießereien unterweisen, haben für den ersten Fall 50 Dollar Strafe zu bezahlen, im Wiederholungsfall sind sie auszuschließen. — Die Vertrauensmänner in den Werkstätten und die Gewerkschaftsfunktionäre überhaupt können überall, wo ein Minimallohn festgesetzt ist, die Mitglieder zur Vorzeigung der Lohnzettel oder des Lohnes anhalten; Weigerung wird bestraft.

Von den Beschlüssen, die sich auf die Bedingungen der Mitgliedschaft, das Unterstützungswesen etc. beziehen, sind folgende hervorzuheben: In Zukunft werden Lehrlinge in den Verband aufgenommen; sie zahlen 1 Dollar Beitrittsgehalt und 10 Cents Wochenbeitrag, wovon 6 Cents dem Verbandskassierer für den Sterbe- und Invalidenfonds und 3 Cents dem örtlichen Krankenfonds überwiesen werden; 1 Cent bleibt der Ortsgruppe als Beisteuer zu den Verwaltungskosten. Arbeiter an Formmaschinen werden aufgenommen, ohne daß von ihnen der Nachweis einer zurückgelegten Lehre gefordert wird. Personen, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, dürfen nur unter Zustimmung des Verbandspräsidenten aufgenommen werden. Die Wochenbeiträge wurden von 25 auf 40 Cents erhöht und der Ortsbeitrag für den Streikreferendonsfonds (25 Cents im Quartal) wurde aufgelassen. Ein Antrag auf Erhöhung des Beitrittsgebühres von 5 auf 10 Dollar wurde verworfen. Das Krankengeld ist von 3,25 auf 5,40 Dollar wöchentlich erhöht worden. Der Vorschlag auf Einführung einer Altersunterstützung, die nach Zurücklegung des 60. Lebensjahres und 15jähriger Beitragsleistung gewährt werden sollte, fand nicht die Zustimmung des Verbandstages, wohl aber wurde der Antrag einstimmig angenommen, innerhalb des Verbandes eine Lebensversicherungsgesellschaft zu gründen, nach der Art, wie sie die Gewerkschaftenorganisationen geschaffen haben; der Beitritt soll fakultativ sein. Vorerst hat der Ausschuß bei den Mitgliedern eine Umfrage über die voranschreitende Beteiligung an dieser Versicherungsgesellschaft vorzunehmen.

Eine an die Gießerverbände Großbritanniens und des europäischen Kontinents gerichtete Einladung zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen wurde bloß von den Associated Iron Molders' of Scotland angenommen, deren Sekretär mit der Iron Molders' Union Verhandlungen pflegte. Der Verbandstag nahm den Entwurf eines Gegenseitigkeitsvertrages an, der dem schottischen Verband zur Zustimmung unterbreitet wird.

Die bisherigen Mitglieder des Ausschusses wurden ohne Ausnahme wiedergewählt.

Vom Zentralverband Deutscher Industrieller.

Unserem in der vorigen Nummer gegebenen Berichtes gemäß geben wir zunächst die Rede des Handelsministers Delbrück wieder, womit er die Rede Kirdorfs beim Festnacht beantwortete. Nach der Frankfurter Zeitung (Nr. 302 vom 31. Oktober, zweites Morgenblatt) hatte sie folgenden Wortlaut:

„Meine sehr geehrten Herren! Wenn ich bisher meinen verehrten Herrn Kollegen, dem Finanzminister, bedauert habe, daß er dienstlich verhindert gewesen ist, an dieser gütlichen Tafel zu sitzen und Ihre

Gastfreundschaft zu genießen, so bin ich in diesem Augenblick, mo ich berufen werde, an seiner Stelle für die freundlichen Worte zu danken, mit denen wir hier begrüßt worden sind, in Zweifel, ob ich ihn nicht beneiden soll. (Heiterkeit.) Nicht, meine Herren, weil ich nicht das Bedürfnis hätte, aus vollem Herzen im Namen der Grenzgenossen zu danken für das, was uns zuteil geworden ist, sondern weil ich die Aufgabe, die mir zufällt, für keine ganz einfache halte. Meine Herren, wenn ich mich abfinden könnte mit einigen bewundernden Worten für unsere Industrie, mit einem herzlichen Danke für die Gastfreundschaft, die wir genießen und die in Einklang steht mit den Erfolgen der letzten Jahrzehnte (Heiterkeit), so würde ich mich dieser Aufgabe mit Vergnügen unterziehen. Aber, meine Herren, die Aufgabe ist sehr viel schwieriger.

Durch die Freude, mit der Herr Geheimrat Kirdorf heute seine Gäste begrüßt hat, durch die Freude, die er gerade diese Gäste begrüßt hat (Heiterkeit), ist doch auch ein Maß von jülichem Mahnen hindurchgegangen (Heiterkeit), dem ich mich so ohne weiteres nicht entziehen kann und das ich in meinen Worten auch beim besten Willen nicht ignorieren kann. Nun, meine Herren, ich freue mich — ich bin sicher, daß ich da im Namen meiner Kollegen spreche — der Tatsache, daß wir heute hier sind. Wir haben uns wieder zusammengefunden auf einer Straße, die nicht abgebrochen war, die man doch aber von beiden Seiten mit Rücksicht auf die Beforgnis einer gewissen Unsicherheit eine Zeitlang zu betreten vermied. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, daß das Vertrauen zu dieser Brücke wieder gewonnen ist, daß sie zweifellos so weit verweilt ist, daß sie uns beide recht lange tragen kann, das ist, glaube ich, für uns beide ein unbedingt erfreuliches Bewußtsein, das wir vom heutigen Tage mitnehmen. (Beifall.) Meine Herren, die Mahnungen des Herrn Geheimrat Kirdorf sind nun ja allerdings weiter gegangen, als daß wir bloß die Brücke wieder offen halten sollten, die zu betreten uns zeitweise unbequem gewesen ist (Heiterkeit), und er wird auch darauf eine Antwort von mir haben wollen. Meine Herren, diese Antwort zu geben, ist schwer, schwer, wenn sie zu erteilen ist einem Manne wie dem Geheimrat Kirdorf, der mit der ganzen Macht und der ganzen Energie seiner Persönlichkeit uns in den Bann der Gedanken zu zwingen gesucht hat, die ihn im Laufe seines Lebens erfüllt und ihn in seinem Leben groß gemacht haben. (Sehr gut!) Meine Herren, für diese Energie haben wir die volle Bewunderung. Es ist uns eine Freude gewesen, ihn heute hier so sprechen zu sehen, wie er gesprochen hat. (Beifall.)

Aber, meine Herren, wir müssen uns darüber klar sein, daß wir uns darum noch nicht ganz unter den Bann seiner Persönlichkeit und unter den Bann seiner Anschauungen zwingen lassen dürfen, und zwar in Ihrem eigenen Interesse, meine Herren. Wir hat einmal jemand, als ich mich über die schwierige Situation des deutschen Handelsministers beärgerte, gesagt: beim persönlichen Handelsminister darf die rechte Hand nicht wissen, was die linke tut (Heiterkeit), denn was er mit der rechten gibt, nimmt er mit der linken (Heiterkeit). Und das ist eine unbedingt zutreffende Kritik der überaus schwierigen Situation, in der sich ein Mann befindet, der, weil er für Handel und Industrie zu sorgen hat, genötigt ist, den heterogenen Interessen sich gleichmäßig zu widmen, und der genötigt ist, nicht nur der Industrie, nicht nur dem Handwerk, sondern auch dem Arbeiter ein treuer Berater und Helfer in allen denjenigen Fällen zu sein, wo er glaubt, daß der Betreffende mit Recht seine Stimme erhebt und seine Hilfe und seinen Schutz in Anspruch nimmt. Aber, meine Herren, auch darin sind wir schließlich so weit nicht voneinander. Es liegt in der Natur der Dinge, daß der Unternehmer in berechtigtem Maße auf das, was unsere Industrie geleistet hat, in dem berechtigten Bewußtsein seiner Intelligenz und in dem Bewußtsein, das beste des Vaterlandes zu wollen, auch mehr für sich verlangt, als vielleicht andere ihm zugehen wollen und als die Staatsregierung ihm zugehen kann, wenn sie nicht die ihr sonst noch anvertrauten Interessen in den Hintergrund treten lassen will.

Nun, meine Herren, hat der heutige Tag ja zweifellos einseitig, nämlich die ausgesprochene Erklärung der Herren Vertreter der gesamten deutschen Industrie, daß sie seit entschlossen ist, auf dem Gebiet der Sozialpolitik nicht zu regieren, sondern mitzuarbeiten, nicht zu verweigern, sondern zu geben. Streit besteht nur über das Maß dessen, was eventuell verlangt werden muß. Aber, meine Herren, auch darüber sind wir einig, als es den Anschein hat. Wenn Herr Geheimrat Kirdorf vorhin darüber gesagt hat — meines Erachtens mit Recht gesagt hat: ich teile eine Aufassung —, daß die gesamten bürgerlichen Parteien, daß die gesamte bürgerliche Presse in allen Fällen eo ipso auf der Seite der gewerkschaftlichen Feinde der Großindustrie und des Kleinrentnerums stehen, so liegt das nach meiner Ansicht nicht in der tatsächlichen Stellung, in der die Herren den sozialen Fragen gegenüberstehen, sondern es liegt in der Art ihres Aufmarsches, es liegt in den Formen des Kampfes, die sie aus einer früheren Zeit mit hinübergenommen haben, und auch hier liegt der Übergang zu einer anderen Zeit in dem, was Herr Geheimrat Kirdorf am Schluß seiner Ausführungen gesagt hat.

Herr Geheimrat Kirdorf hat gesagt: wir wollen Herren in unserem Hause bleiben. Meine Herren, dieses Wort vom Herrn hat Ihnen mehr geschadet in der öffentlichen Meinung, als manche bittere Tat es jemals hatte tun können, und das Ihnen das so ge- scheidet hat, bedauere ich um so mehr, als Sie damit etwas anderes meinen, als man im allgemeinen darunter versteht. Es liegt jedem großen Unternehmer — und ich gehöre als preussischer Handelsminister mit zu den größten — völlig fern, ein mittelalterliches Herrmentum unserer Arbeiter gegenüber aufrechtzuerhalten. Es liegt uns völlig fern, den freien Willen des einzelnen Bürgers so wie er sich verfassungsmäßig und nach den Anschauungen unserer Zeit entwickelt hat, zu beschneiden, auch wenn er unser Arbeiter ist. Wir wollen auch nicht Herren sein, sondern wir wollen, wie Herr Kirdorf am Schluß seiner Ausführungen gesagt hat, der erste Arbeiter unserer Betriebe, die Kameraden unserer Arbeiter sein. (Sehr gut und Bravo!), und wir wollen unseren Arbeitern gegenüber nicht den Herrenhantwurm vertreten, sondern wir wollen das Maß von Kommandogewalt haben, das der höhere Offizier

bräuchliche Instrument, mittels dessen aus Wärme Elektrizität erzeugt werden kann. Da die Gaslampe durch ihren Schwaben eine große Menge von Wärme unbenutzt an die Umgebung abgibt, so gewinnt die neue Lampe durch Einschaltung der Thermoanale keineswegs eine kleine elektrische Kraft, die dazu verwendet wird, um einen am Fuße des Brenners eingebauten Ventilator in schnelle Umdrehung zu versetzen. Dieser Ventilator saugt Luft in großen Mengen in die Lampe hinein, mischt sie mit dem Leuchtgas und drückt das Gasluftgemisch mit erhöhtem Druck in den Glühkörper. Auf diese Weise wird ein sehr helles Licht von 1250 Hefnerkerzen auf sehr ökonomische Weise erzeugt, so daß diese neuere Erzeugnisse in der Beleuchtungstechnik dazu berufen erscheint, mit den elektrischen Bogenlampen zu konkurrieren.

Täglich liest man in den Zeitungen von neuen Projekten, die in der heutigen Zeit, wo „Zeit Geld ist“, dazu dienen, die Bedürfniszeit von Personen auf ein Minimum zu reduzieren. Eines der neuesten ist das Projekt der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft einer elektrischen betriebenen Untergrundbahn Geandbrunnens — Kirdorf. Das Projekt sieht eine elektrische Schnellbahn vor, die zum größten Teile als Unterflurbahn und nur zum kleineren Teile in den Außenstadtteilen als Hochbahn projektiert ist. Von Bedeutung ist, daß diese Bahn im wesentlichen die Straßenzüge wie die Schwebebahn Geandbrunnens — Kirdorf durchläuft; sie beginnt am Bahnhof Geandbrunnens, wird durch die Brunnen- und Invalidenstraße geführt, unterfährt die Spree in der Nähe der Jaunischbrücke und wird, wie die Schwebebahn, durch den Südostern Vertins bis zum Hermannsplatz in Kirdorf geführt, während die Schwebebahn darüber hinaus bis zur Hermannstraße läuft. Die Kosten dieser Untergrundbahn betragen die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft auf rund 100 Millionen Mark. Die Anlagekosten der Schwebebahn betragen für die gleiche Strecke nur etwa den dritten Teil. Zu vermerken ist nur, daß gleichzeitig zwei Projekte ausgeführt werden sollen, man sollte doch endlich einmal dazu kommen, den Schnellverkehr und in diesem Falle die Massenbeförderung unter der Erde vor sich gehen zu lassen, zumal da eine Schwebebahn oder eine andere Hochbahn das Bild des Stadt-

inneren trotz „künstlerischer“ Aufbaus sehr entfällt. Die Kosten dürften erst in zweiter Reihe in Betracht kommen.

In der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure hepricht G. Hoff, der Vorstand des Maschinenlaboratoriums der Technischen Hochschule zu Berlin, großstädtische Kraftwerke für Privatbetrieb. Die vielseitige Verwendung des elektrischen Stromes hat eine beispiellose Entwicklung der Elektrizitätswerte gebracht. Hand in Hand hiermit ging eine gewaltige Ausdehnung des Kabelnetzes. In den letzten Jahren sind um zahlreiche Privatwerke entstanden, die in technischer Beziehung das größte Interesse verdienen. Die eigenartigen Verhältnisse der Großstadt und das Bestreben, die elektrische Energie so billig wie möglich zu erhalten, war der Grund hierfür. Während in den großen Betrieben die Dampfkraft in Form von Dampfmaschinen und Dampfmaschinen zur Verwendung kommt, findet man in den kleineren Privatwerken hauptsächlich Sauggas- oder Dieselmotoren. Durch vielfache Berechnungen und praktische Untersuchungen bis ins kleinste Detail hat sich der Katerstaugbetrieb als am besten ergeben. Ganz folgt der Dieselmotor- und schließlich der Braunkohlengasbetrieb, der der billigste ist; das sind, verhältnis- mäßig wenig Anwendung. Man kann wohl behaupten, das gerade die billigste Energieerzeugung durch Sauggas- und Dieselmotoren überhaupt erst einen wirtschaftlichen Betrieb der kleineren Privatwerke ermöglicht hat. Als Aufstellungsort kommen zunächst Kellerräume, unterirdische Höfe, öfters sogar das Dachgeschoss in Betracht. Als Kraftwerke mit Sauggas- und Dieselmotorenbetrieb sind in Berlin zu erwähnen: Das Lindenbldwerk, das Weidwerk am Weinbergweg, das Kraftwerk der Metallwarenfabrik von F. Hühne und das der Schokoladenfabrik Hilberbrand & Sohn. Diese Kraftwerke arbeiten sämtlich mit Sauggas. Mit reinem Dieselmotorenbetrieb arbeiten die Werke der Schinger Restaurants, die Warenhäuser von Hies, die Firma Thobold Herzog und die neue Anlage des Berliner Kriminalgerichts. Von den Anlagen mit Energieerzeugung für Kraft, Licht und Heizung sei das Dampfkraftwerk der Warenhäuser F. Berthens, besonders das in der Leipziger- und Köpenickerstraße, erwähnt. Sehters liefert jetzt rund 3500 Pferdekräften und

erreicht somit die Leistung eines bedeutenden großstädtischen Elektrizitätswerkes. Die neue Maschinenanlage ist im Kellergeschoss des Weidwerks aufgestellt, während die Kesselanlage, die aus sechs Wasserrohrkesseln besteht, über dem Maschinenraum im Dachgeschoss untergebracht wurde. Von dem gesamten Dampfdruckwert werden 105 Elektromotoren mit 208 Kilowatt Leistung betrieben, und zwar: 32 (118 Kilowatt) für Aufzüge, 50 (20 Kilowatt) für Lüftung, 7 (35 Kilowatt) für Kühlung und 16 (15 Kilowatt) für verschiedene Zwecke. Der größte Strombedarf für die Beleuchtung beträgt 1530 Kilowatt, der sich auf 520 Bogenlampen und etwa 2200 Glüh-, Kerzen- und Metallfadenslampen verteilt. Die Tagesleistung bei normalem Betrieb beträgt nämlich circa 1600 Kilowattstunden. Außer der Heizung (215000 Kalorien jährlich) wird von der Dampfanlage auch noch der Betrieb von zwei Kohlenföhrenmaschinen von zusammen 140000 Kalorien fränkischer Leistung bestritten, die Kühlkammern zur Aufbewahrung von Lebensmitteln und Pelzwerk bedienen. Diese moderne Anlage ist also ein typisches Beispiel einer Gesamtenergieversorgung für Licht, Kraft, Heizung, Kälte und Lüftung.

An dieser Stelle war bereits die Quecksilberdampf-Lampe erwähnt. Durch vielfache Verbesserungen hat man jetzt den Stromverbrauch auf 4 Ampere herabgedrückt, das heißt also circa 0,7 Watt pro Hefnerkerze. Die Lampe ist also in der Tat eines der billigsten Beleuchtungsmittel, das überall am Platze ist, wo es sich um ausgiebige Helligkeit handelt, auf das Erkennen natürlicher Farben aber kein besonderes Gewicht gelegt zu werden braucht.

Eine weitere Steigerung des Effektes ist von der Quarzlampe geleistet worden, dessen Widerstand gegen hohe Temperaturen ein Aufwärmverhalten des Lichtbogens auf kleineren Raum gestattet. Die Quarzlampe benötigt nur 0,5 Ampere bei 220 Volt Spannung und entwickelt circa 4200 Hefnerkerzen, was einer Ökonomie von rund 0,25 Watt pro Hefnerkerze entspricht. Es ist dies heute die am billigsten arbeitende elektrische Lampe; bei den besten Metallbogenslampen ist man auf höchstens 1 Watt pro Kerze Stromverbrauch gekommen.

über den niederen Offizier, der Leutnant über seine Soldaten hat und haben muß, wenn nicht der Betrieb in Scherben gehen soll. (Lebhafte Zustimmung.) Dabei sollen und wollen wir aber die Kameraden unserer Arbeiter sein, und meine Herren, wenn wir es verstehen, dieses Maß der Kameradschaft zu erzielen, das unseren Offizieren einen viel größeren Einfluß über ihre Mannschaften gibt als die eiserne Bande der Disziplin, dann, meine Herren, sind wir über die größte Schwierigkeit hinweg. Es handelt sich nicht so sehr um die einzelnen Fragen, um die gefochten wird. Daß diese Streitigkeiten sind, liegt in der Natur der Dinge. Es handelt sich auch nicht um die Mittel, um die gefochten wird, sondern es handelt sich um die Prinzipien, um die es geht. Es handelt sich um die Anerkennung eines gewissen Standpunktes, und da ist der Einigungspunkt gefunden in den letzten Worten des Herrn Geheimrat Kirdorf. Meine Herren, wenn es uns gelingt, als Unternehmer und erste Arbeiter der Betriebe gleichzeitig die Kameraden der Arbeiter zu sein, dann werden die Aufgaben in der Hauptsache gelöst sein, die zu lösen Ihnen und uns obliegt und Ihnen und uns zu lösen gleichmäßig am Herzen liegt, denn wir sind darüber einig, meine Herren, daß, wenn Sie Ihren Standpunkt vertreten, Sie ihn nicht vertreten vom Standpunkt des Herrn, sondern daß Sie ihn vertreten, weil Sie die Überzeugung haben, daß die Stärke unseres Vaterlandes beruht auf einer leistungsfähigen Industrie, und daß diese leistungsfähige Industrie nur in der Lage ist, das zu bleiben, was sie ist, wenn ihr nicht die Mittel der Konsumfähigkeit dem Ausland gegenüber genommen werden (Sehr richtig!), und, meine Herren, inwieweit haben Sie recht. Über die Einzelheiten der Ausführungen werden wir uns einigen.

Meine Herren, leeren wir das Glas darauf, daß wir alles das, was an ungelösten Aufgaben vor uns liegt, lösen auf der Grundlage der Kameradschaft des ersten Arbeiters des Werkes mit allen seinen Untergebenen. Das das gelingt, wünsche ich uns und Ihnen. Dann wird die deutsche Industrie groß sein, dann wird sie groß dastehen nicht nur in der Achtung aller Parteien unseres deutschen Vaterlandes, sondern sie wird groß dastehen auch in der Achtung des Auslandes. Meine Herren, auf diese Größe der deutschen Industrie! Sie lebe hoch! hoch! hoch!

Wir können es dem Minister aufs Wort glauben, daß ihm bei der Rede Kirdorfs nicht besonders angenehm zumute gewesen ist. Man mag über Kirdorf denken, wie man will, in diesem Falle aber kann man ihm nicht die Anerkennung verweigern, daß er bemüht ist, seinen Standpunkt ehrlich zu vertreten. Und diese Ehrlichkeit hat Kirdorf gezwungen, sich gegen alle Maßnahmen zu wenden, die geeignet sind, die Bewegungsfreiheit der Unternehmer zu beschränken — soweit diese Beschränkungen nicht von den eigenen Organisationen der Unternehmer ausgehen. Solche Ehrlichkeit kann aber zuweilen unerwünschte Folgen haben, besonders bei der öffentlichen Meinung. Der Minister sah sich also vor die Aufgabe gestellt, die Sache so gut wie möglich wieder zurechtzureden und, wie die zahlreichen Zwischenrufe beweisen, hat sein Versuch, dieses zu tun, mindestens bei einem Teile seiner Zuhörer volles Verständnis gefunden. Aus der Rede Delbrücks kann man deutlich die Mahnung herauslesen: So etwas tut man, aber man jagt es nicht. Der weitere Verlauf des Festmahls gestaltete sich zu einer Ovation für den von uns in letzter Zeit wiederholt gemüßigten Bued. Das muß man den Unternehmern lassen, sie wissen ihre Sachwalter besser zu schätzen als die Mitglieder mancher Arbeiterorganisation die ihrigen. Wir würden uns einer Unterlassungssünde schuldig machen, wenn wir nicht erwähnten, daß der Generalleutnant v. Siebert, der Leiter des Reichstagenverbandes, ebenfalls an dem Festmahl teilgenommen hat. Unsere Kollegen werden sich indessen kaum darüber wundern. So ein Bued ist, paßt auch ein Liebert hin. Daß die verarmelten Schenkmacher an Wilhelm II. und dessen Handlanger Bülow lange Ergebenheits-telegramme losließen und daß sie darauf äußerst höfliche Antworten erhielten, versteht sich am Rande.

Diese Delegiertenversammlung des Zentralverbandes hat mit Recht sowohl in der sozialdemokratischen, als auch in der bürgerlichen Presse große Beachtung gefunden. Sie ist zur Verbrüderung zwischen dem Schornsteinverband und der Blotregierung geworden. Wenn man von allem Phrasenbeimwerk absteht, so ergibt sich weiter nichts, als das Bestehen der Regierungsvertreter, mit den Schornsteinmachern durch die und durch zu gehen. Daß man auch in den Kreisen, die den Schornsteinmachern nahesteht, diesen Einbruch hat, geht aus einer Äußerung der freisinnigen Sozialisten hervor, die in den letzten Tagen des Oktober jährt:

Man wird darin in industriellen Kreisen die Absicht der Regierung erkennen, den seit der 12000-Mark-Affäre abgerissenen Faden zwischen der sozialdemokratischen Zentralstelle des Reiches und den Arbeitgebern wieder anzuknüpfen und sich ihrer Wirkung bei der ferneren Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung wieder wie früher zu bedienen. Wird, wie wir annehmen, der Industrie kein Zweifel darüber gelassen werden, daß das in der Tat die Absicht der Regierung ist, so darf erhofft werden, daß die argste Verformung zahlreicher Kreise unserer Industriellen verschwinden und wieder ein volles Vertrauenverhältnis zwischen diesen und der Regierung hergestellt werden wird; denn jene Verformung trägt nicht sowohl von dem, was auf sozialpolitischem Gebiet geschehen war, her, als davon, daß unter Graf Kolowratow nachzuweisen ist, daß die Arbeitgeber vollkommen bereit gewesen sind, als quantitative Negligee behandelt wurden. Wird hier in wütender Weise Wandel geschaffen, so wird eine weitere Quelle von Unzufriedenheit und Mißgunst verstopft werden können.

Der hauptsächlichste Grund, den diese letzte Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller macht, ist der, daß den Schornsteinmachern ganz gewaltig der Kamm geschwollen ist. Dieser Grund kann Hunderte von Ministern nicht wegwischen. Daß die Betenung, im Interesse der Sozialreform selbst noch „weitere Opfer“ nicht zu scheuen, nichts anderes ist als eine Forderung, haben wir bereits in der vorigen Nummer der Metallarbeiter-Zeitung nachgewiesen. Wir können mit Sicherheit darauf rechnen, daß diese neue „Postung“ bald ihre „Erträge“ zeitigen wird. Nebenbei wird sie dies noch eher, als die im Zeichen des Sozialismus erfolgten Postungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien. Das dabei eher alles andere hervorsticht wird als eines Gutes für die Arbeiter, dürfte selbst dem Absteigern einleuchten. Die Schlußfolgerungen für jeden denkenden Arbeiter liegen auf der Hand.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Die aus dem Bericht in Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung bekannt ist, haben am 4. Mai dieses Jahres in Hamburg gemeinsame Beratungen zwischen dem Vorstand der Gruppe deutscher Werftarbeiter, einer von dieser eingeladenen Kommission der Arbeiter und Vertretern der beteiligten Gewerkschaften stattgefunden. Auch das Ergebnis dieser Beratungen ist in Nr. 21 bekannt gegeben worden. Von den Arbeitern wurde dabei festgestellt als Grundfrage für die weitere Regelung der Arbeitsverhältnisse die Forderung aufgestellt, daß so der Weg frei zu machen zu Spezialvereinbarungen für die einzelnen Betriebe und Werke. Die beteiligten Arbeiter können diesen Vorschlag zu unterstützen, die Spezialvereinbarungen aufzusetzen, und die Fragen, die sich bei den Spezialvereinbarungen am 4. Mai nicht abschließend erledigen ließen, zu regeln.

Es ist hier nochmals darauf hinzuweisen, daß bei den Spezialvereinbarungen am 4. Mai in Hamburg bezüglich der Arbeitszeit beschlossen wurde, daß für die bisher bestehenden gewöhnlichen Arbeitszeiten über 60 Stunden wöchentlich die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt werden sollte und daß diese Einführung bis zum 1. Oktober 1908 geschehen müßte, während für die Hamburger Gruppe die 60 stündige Arbeitszeit zur Einführung gelangte, und zwar schon am 1. Oktober 1907. Die zum 1. Oktober 1908, legte den Werftar-

also nicht die Verpflichtung auf, die verkürzte Arbeitszeit erst am 1. Oktober 1908 einzuführen, sondern ließ die Möglichkeit offen, sie auch schon früher einzuführen, wenn eine dementsprechende Vereinbarung mit den einzelnen Orten und Untergruppen stattfindet. Von der Verpflichtung, die 67 stündige Arbeitszeit einzuführen, wurden bei der Verhandlung am 4. Mai ausgenommen die Werften Altiengesellschaft Neptun in Rostock und die Eiderwerft in Lönning. Aber wenn auch diesen Werften nicht diese Verpflichtung auferlegt war, so bestand doch auch nicht die Verpflichtung, unbedingt an der bisherigen 60 stündigen Arbeitszeit festzuhalten, sondern es konnte auch hier durch Vereinbarung eine kürzere Arbeitszeit eingeführt werden.

Nach diesen Darlegungen dürfte es verständlich sein, daß bei den weiteren Verhandlungen der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit ein reges Interesse entgegengebracht und angestrebt wurde, sie schon vor dem 1. Oktober 1908 zu erreichen. Den Unternehmungen stellten sich erhebliche Schwierigkeiten entgegen. An verschiedenen Orten sträubten sich die Unternehmer, Vertreter der Arbeiterorganisationen zuzulassen, obgleich bei den Verhandlungen am 4. Mai allgemein die Ansicht vorherrschend war, daß auch bei den Unternehmungen Vertreter der Organisationen als Berater hinzuzuziehen sind. In Hamburg stellte man sich nicht auf diesen Standpunkt, sondern zog die Vertreter der Organisationen hinzu. Auch für die Unterwerfer und einige andere Orte fanden Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden der dortigen Gruppe und dem Vertreter der Arbeiterorganisationen statt, die zu einem Ergebnis führten. Ob das Verhalten der Unternehmer an den übrigen Orten sich dem Sinne nach mit den Verhandlungen vom 4. Mai deckt, ist mindestens sehr zweifelhaft. Und wenn den Arbeitern ein Vorwurf daraus gemacht worden ist, daß sie bei den Unternehmungen an einzelnen Orten mit ihren Ansprüchen über das Ergebnis vom 4. Mai hinausgegangen sind, so ist auch den Unternehmern der Vorwurf nicht zu erweisen, daß sie den Unternehmungen nicht an allen Orten im Sinne der Verhandlungen vom 4. Mai stattgegeben haben.

Die Unternehmungen fanden zuerst für die Werften der Unterwerfer statt. Dort herrschte noch von der letzten Ausföhrung her eine ziemlich heftige Erregung, das Ergebnis der Verhandlungen vom 4. Mai hatte nicht befriedigt, die Verhandlungen der Arbeiter mit den Direktoren hatten auch keine weiteren Erfolge gezeitigt. Der Vertreter der Organisationen wandte sich deshalb nochmals an die Organisation der Unternehmer, mit dem Erfolg, daß in einer Sitzung der Direktoren am 29. Mai beschlossen wurde, den Arbeitern weitere Zugeständnisse zu machen. Diese Zugeständnisse waren im wesentlichen: die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit vom 1. Oktober dieses Jahres an und die der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechende Lohnhöhung. Auch wurde mit dem alten Branche bei der Lohnzahlung gebrochen und überall die achtstündige Lohnzahlungsperiode eingeführt. Bisher bestand noch in einigen Betrieben die vierzehntägige Lohnzahlungsperiode. Während sonst auch noch einige kleinere Verbesserungen zugesagt wurden, verhielt man sich gegenüber dem Vorschlag auf Bildung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben, wo solche noch nicht bestanden, ablehnend. Man wollte jedoch die Vorstände der Krankenkassen als Vertreter der Arbeiter anerkennen. Im übrigen gab man der Meinung Ausdruck, daß, wenn Dinge von größerer Bedeutung zu erledigen sind, dieses besser durch die Organisationen als durch die Arbeiterausschüsse geschehen könne. Diese Beschlüsse der Untergruppe Werfer kamen für die Orte Bremen, Bremerhaven, Seemanns-Lohn, Eisnarwerden, Segejack und Osterholz-Scharmbeck in Betracht.

In Kiel stellten sich den Verhandlungen erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Doch gelang es auch dort, die verkürzte Arbeitszeit vom 1. Oktober dieses Jahres an mit einer freilich nur geringen Lohnhöhung zu erreichen. Näher darauf einzugehen, erübrigt sich, weil hierüber bereits in Nr. 22 der Metallarbeiter-Zeitung berichtet wurde.

In Flensburg hatten die Arbeiter gleichfalls ihre Spezialforderungen formuliert und sie der Direktion eingereicht. Sie betrafen die frühere Einführung der verkürzten Arbeitszeit, Lohnaufschlag von 5 Pf. für alle Arbeiter, Erhöhung der Affordpreise um 15 Prozent, Bezahlung der Überstunden mit 3 1/2 Prozent, Affordzuschlag von 50 Prozent bei Reparatur- und Reparaturarbeiten, Regelung des Lohnes und der Arbeitszeit für Feiler, Gelegenheits zum Reinigen 5 Minuten vor Schluß der Arbeitszeit und sanitäre Verbesserungen. Zwei mehrfacher Anfrage forderte die Kommission der Arbeiter nicht zu Verhandlungen kommen, und erst, nachdem ein Organisationsvertreter deshalb bei der Direktion vorstellig geworden war, fanden die Verhandlungen zwischen der Direktion und der Kommission statt. Das Ergebnis der zweitägigen Verhandlung ist: 9 1/2 stündige Arbeitszeit vom 1. Oktober dieses Jahres an. Es soll die Arbeitszeit sein von morgens 7 Uhr bis mittags 12 Uhr und nachmittags von 1 bis 5 1/2 Uhr. Die Frühstückspause soll in Regelfall kommen. Dies letztere hatte bei den Arbeitern große Unwillen hervorgerufen, doch wurde dem schließlich nachgegeben. Die Lohnaufschlag beträgt bei Arbeitern bis zu 29 Pf. Stundenlohn 1 1/2 Pf., bei Löhnen von 30 bis 38 Pf. 2 Pf. die Stunde. Den Arbeitern mit über 38 Pf. Lohn soll dieser so erhöht werden, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit kein Anfall des Lohnes eintritt. Dem Vorschlag, 5 Minuten vor Beendigung der Arbeitszeit Gelegenheit zum Waschen zu geben, fand die Direktion sympathisch gegenüber, erklärte jedoch, sich darüber noch mit anderen Werften besprechen zu müssen. Die Fragen, die nur für die einzelnen Abteilungen in Betracht kommen, sollten mit den Vorständen dieser Abteilungen geregelt werden, was auch inzwischen geschehen ist.

In Hamburg schloßen sich die Verhandlungen ebenfalls schwebend, weil neben der Werftarbeiterbewegung auch eine Bewegung der Dreher und Maschinenbau- und Metallarbeiter einsetzte. Über das Ergebnis der für beide Bewegungen am 30. Juli stattgefundenen Verhandlungen kann hier auch hinweggegangen werden, weil darüber in Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung ein Bericht erfolgt ist.

Die Eiderwerft in Lönning war bekanntlich von der Verkürzung ausgenommen, die verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Da aber auch die dort beschäftigten Arbeiter Verbesserungen ihres Arbeitsverhältnisses anstrebten, wurde von der Organisation schriftlich bei der Direktion eingeklagt, ob sie in eine Vereinbarung hierüber mit Organisationsvertretern eintraten würde. Die Antwort lautete ablehnend, es war aber dazu bemerkt, daß man sich von den Arbeitern über deren Wünsche weiterreden lassen sollte. Der Arbeiterausschuss beantragte deshalb eine Verhandlung auf Grund folgender Vorschläge: Abnahme der Arbeitszeit (Verkürzung), Regelung der Löhne, der Überstunden und Entschädigung derselben, Regelung der Affordarbeit und Befreiung der sanitären und Arbeitsverhältnisse. Die Verhandlungen hatten dann das Ergebnis, daß auch hier die 9 1/2 stündige Arbeitszeit mit entsprechender Lohnhöhung vom 1. Oktober dieses Jahres an zugesagt wurde. Auch fand eine Abregung und Festlegung der propädeutischen Vergütung bei Überzeitarbeit statt. Die Verkürzung der Einrichtungszeit wurde zugesagt.

In Lübeck hatten die Arbeiter ihre Spezialforderungen formuliert und sie der Leitung der Werft von Herrn Koch und der Fabrik der Maschinenbau- und Metallarbeiter eingereicht. Durch eine außerordentliche Abregung zwischen den Werftarbeitern und der Direktion, was jedoch durch eine Unterredung zwischen der Direktion und einem Organisationsvertreter herbeigeführt werden konnte. Die verkürzte Arbeitszeit wurde mit ein anderen Ort zugesagt, mit einer Lohnaufschlagung von 8 Prozent. Die übrigen von den Arbeitern angelegten Fragen fanden dann ebenfalls ihre Erledigung durch Verhandlungen mit den Arbeitern.

In Hamburg schloßen die Werften von Holtz nach nicht zu der Gruppe deutscher Werftarbeiter. Die Arbeiter aber wünschten, daß die gleichen Verbesserungen dort herbeigeführt, wie auch an anderen Orten, was man deshalb verlangen sollte, was in Hamburg geschehen werden ist. Die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuss wurden jedoch unter einem Kommando durchgeführt, so daß der 1. Oktober 1908, ohne daß die 9 1/2 stündige Arbeitszeit erreicht wurde. Dies ist es notwendig, daß die Lohnaufschlagung nicht mehr bis zu diesem Zeitpunkt erfolgen konnte, sondern auf den 1. November festgesetzt werden mußte. An den Arbeitern, die fortwährend auf die Erledigung drängten, liegt die Schuld nicht, sondern lediglich an der Verwicklungs-

taktik der Firma, trotz der anfänglichen Zusage, dasselbe einzuführen, was in Hamburg eingeführt werden würde. Zugestanden wurde dann: vom 1. November an die 56 stündige Arbeitszeit und eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt hier zwei Stunden pro Woche, da auf dieser Werk bisher die 58 stündige Arbeitszeit bestand. Die Lohnhöhung übersteigt bei allen Böhnen unter 56 Pf. pro Stunde um etwas den Betrag, der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entfällt. Leider war es nicht möglich, auch nicht durch Vorstelligwerden eines Organisationsvertreters, die Firma zu veranlassen, bei Bezahlung der Überstunden eine andere Regelung einzutreten zu lassen als bisher. Statt wie an allen anderen Orten einen bestimmten Prozentsatz als Zuschlag für Überstunden festzusetzen, soll der alte Brauch beibehalten werden. Danach werden bei zwei Überstunden morgens oder drei Überstunden abends 50 Minuten für eine Stunde, und wenn die Überzeitarbeit länger ausgeübt wird, 40 Minuten für eine Stunde gerechnet. Bei Arbeiten außerhalb der Werk oder an den an der Werk liegenden Schiffen wird ein 3 bis 6 Pf. erhöhter Stundenlohn bezahlt.

Die beiden Werften in Rendsburg gehörten gleichfalls nicht zu der Gruppe deutscher Werftarbeiter. Durch eine Besprechung zwischen den Firmenhabern und einem Organisationsvertreter gelang es aber, auch für diese Werften dieselben Zugeständnisse zu erlangen, wie sie an den übrigen Orten gemacht worden sind.

Diese Bewegung der Werftarbeiter blieb jedoch nicht auf die Werften beschränkt, sondern übertrug sich auch auf andere Betriebe. So wurde, wie bereits bemerkt, bei den Unternehmungen in Hamburg am 30. Juli auch gleich über die Arbeitsverhältnisse der Maschinenfabriken verhandelt, wobei auch die 9 1/2 stündige Arbeitszeit mit entsprechender Lohnhöhung zugestanden wurde und worüber auch bereits berichtet ist. Später fanden auch Verhandlungen für die kleinen Werften in Hamburg, die Parkassen-, Boot- und Schuttenbauereien statt, wo auch die verkürzte Arbeitszeit mit entsprechender Lohnhöhung zugestanden und am 1. Oktober eingeführt wurde. Dergleichen fanden Verhandlungen für die Metallwarenfabriken statt, die ebenfalls zu dem Ergebnis der verkürzten Arbeitszeit führten.

Auch in Kiel, an der Weser, in Lübeck und Hamburg gelang es, nicht nur für die Werften, sondern auch für andere größere Betriebe die verkürzte Arbeitszeit zu erreichen, so daß auch dort das Erreichte nicht auf die Werften beschränkt blieb.

Betrachtet man dieses Resultat im ganzen, so braucht man durchaus noch nicht der Meinung zu sein, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hier in Betracht kommenden Arbeiter nun in allen Teilen befriedigende sind. Als einen bedeutenden Schritt vorwärts wird man es aber bezichtigen müssen, daß die neunstündige Arbeitszeit in der Eisen- und der Wertindustrie hier im Norden endgültig überwunden ist. Denn wenn auch noch einzelne Betriebe vorhanden sind, die diese Vereinbarungen nicht anerkannt und in denen noch die neunstündige Arbeitszeit besteht, so wird es nur eine Frage der nächsten Zeit sein, auch diese zur Einführung der verkürzten Arbeitszeit zu veranlassen.

Es gibt aber auch Leute, die nichts weniger als erfreut darüber sind, daß es möglich war, schon jetzt die verkürzte Arbeitszeit zu erreichen. Es sind das die Herren Führer des Hirsch-Dunckerischen Gewervereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Ihr Organ, der Regulator, der sich nicht genug tun kann in der Bejubelung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, glaubte dies auch nach den Verhandlungen am 4. Mai tun zu müssen und schrieb deshalb in seiner Nr. 23 vom 7. Juni bezüglich der Arbeitszeit: „Vom 1. Oktober 1908 an soll die Arbeitszeit auf wöchentlich 57 Stunden herabgesetzt werden. Davon — von dieser zukünftigen Herabsetzung — sind noch ausgenommen die Werften: Altiengesellschaft Neptun Rostock und die Eiderwerft in Lönning.“ Nun ist aber die Herabsetzung der Arbeitszeit nicht erst nach 1 1/2 Jahren, sondern schon auf der ganzen Linie, einschließlich der Altiengesellschaft Neptun in Rostock und der Eiderwerft in Lönning, erfolgt. Dies es so gekommen ist, daran sind die Hirsche freilich unschuldig. Diese Leute entblättern sich nicht, während der Zeit der Unternehmungen und während der Ausföhrung in Kiel den Werftarbeitern Knüttel zwischen die Beine zu werfen, indem sie nicht nur im Regulator, sondern auch durch von Schmutz starrende Flugblätter die Leiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu verächtlichen suchten. Glücklicherweise kommt diese Gesellschaft hier nicht in Betracht, wenn auch ihre Leiter den Mund noch so voll nehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 17. November der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. November 1907 fällig ist.

Die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer und Bevollmächtigte der Einzelmitglieder werden darauf hingewiesen, daß zukünftig bei Anträgen auf Mitgliedschaft neben Beruf, Buchnummer, Geburtstag und Geburtsort auch die Adresse des Anzuziehenden angegeben werden muß.

- Angeschlossen werden nach § 22 des Statuts:**
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Bremen:
Der Schmied Friedrich Hallmann, geb. am 16. Januar 1864 zu Thedinghausen, Lit. A. Buch-Nr. 965252;
Der Schmied Konrad Hämgen, geb. am 21. Mai 1852 zu Hamburg, Buch-Nr. 824388, beide wegen Streichbruch.
- Auf Antrag der Einzelmitgliederschaft in Meissen:
Der Dreher Walter Hofmann, geb. am 21. August 1833 zu Kölsch, Lit. A. Buch-Nr. 177311;
Der Uhrmacher Billy Soble, geb. am 18. Januar 1877 zu Schweidnitz, Lit. A. Buch-Nr. 177227, beide wegen Streichbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Pforzheim:
Der Glendreher Max Secker, geb. am 5. Oktober 1868 zu Berlin, Buch-Nr. 523860, wegen Schädigung des Verbandes.
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Wittenberge:
Der Formner Joh. Cyp. geb. am 2. zu ?, Lit. A. Buch-Nr. 242163, wegen Diebstahl.

- Nicht wieder aufgenommen werden darf:**
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Erbach:
Der Diamantpolierer Franz Klein, geb. am 22. Januar 1874 zu Klein-Muhlen, Buch-Nr. 778130, wegen unlegalem Verhalten.

- Wieder aufgenommen wird:**
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Schwabach:
Die Seifensiederin Babetta Bauer, geb. am 12. Juni 1880.
- Gestorben wurde:**
- Das Mitgliedsbuch Lit. A. Nr. 30350, lautend auf den Schlosser Peter Brauchardt, geb. am 13. Januar 1857 zu Marburg in Steiermark;
- Lit. A. Buch-Nr. ?, lautend auf den Friseur Lorenz Jobst, geb. am 21. Januar 1888 zu Nisch in Böhmen, eingetreten am 8. September 1906 zu Oberdorf.
- Diese Mitgliedsbücher sind vorkommendenfalls anzuhalten und dem Vorstand einzuführen.

statte der Kassierer Kollege Fischer. Hervorzuheben ist, daß der Kassenbestand vom zweiten Quartal 4510 Mk. betrug. Es wurden 6240 Beiträge für männliche Mitglieder und 1541 Beiträge für weibliche Mitglieder verkauft. An Beiträgen gingen zusammen ein 37040,55 Mk., an Beiträgen 218,70 Mk., so daß die gesamte Einnahme 41768,87 Mk. betrug. Bei den Ausgaben ist besonders hervorzuheben: Erwerbslosenunterstützung a) durch Krankheit 4097,66 Mk., b) durch Arbeitslosigkeit 93,50 Mk., Streikunterstützung 18498,65 Mk., Maßregelungsunterstützung 646,30 Mk., Notlageunterstützung 330 Mk., Sterbegeld 200 Mk., für Tarifausgaben, Überwachung, Kontrolle der Preisverzeichnisse 1760 Mk. Besonders hervorzuheben ist, daß 7046 Beiträge mehr veranlagt worden sind als im vorhergehenden Quartal. Dies ist der beste Beweis dafür, daß die Verwaltungsfälle Solingen ständig an Mitgliedern zunimmt. Aus der Abrechnung der Sozialkasse ist hervorzuheben, daß bei einem Kassenbestand von 2617,22 Mk. die Einnahmen 17360,96 Mk. betragen. Zu dem Punkte: „Differenzen und Lohnbewegungen“ erstattete der Kollege Groß Bericht. Daraus ist erwähnenswert die erfolgte Kündigung einer größeren Anzahl Kollegen bei einer Firma. Als Grund wurde vorgeschützt: „Mangel an Aufträgen.“ Das Vorstellungsverfahren der Verbandsleitung führte dazu, daß bezüglich dieser Kündigungen möglichst Rücksicht genommen wurde. Es hat sich schließlich die Tatsache ergeben, daß wirklicher Arbeitsmangel dort herrschte. Die versuchte Erhöhung der Miete der Scheinstellen führte zu keinem Ausdruck von Unzufriedenheit. Die Frage ist noch nicht vollständig erledigt. Wegen Nichterhalten des Preisverzeichnisses der Säherenagler und dem Streiksystem in einer Fabrik kam es auch zu Zusammenstößen und infolge davon auch zur Klärung dieser Angelegenheit, ohne daß es zum äußersten kam. — In einer weiteren Stelle sollte die Verbandsleitung eingreifen wegen angeblichem Nichterhalten des Preisverzeichnisses. Bei der näheren Feststellung stellte sich heraus, daß die Kollegen sich selbst des Rechtes begeben hatten, nach dem Verzeichnis fordern zu können. Bei derselben Firma verlangte übrigens ein durch sein Verschulden entlassener Kollege, daß für ihn eingetreten werden solle. Auf diese Bahn kann sich aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht begeben. Sei Bönnersberg, Ritschbaum & Co. kam es auch wieder zu teilweisen Lohnherabsetzungen. In der Federmeißerschleiferbranche wurde auf den Abschluß eines Tarifvertrags verzichtet, weil die Herren Unternehmer unter Führung des Arbeitgeber-Verbandes Dinge in den Vertrag hineintrugen wollten, deren Zurückweisung erfolgen mußte. Außerdem kam aber noch in Betracht, daß die gemachten Zusicherungen nur Unzufriedenheit in den Reihen der Kollegen geschaffen hätten, weil ein Teil, und zwar der ohnehin schlecht gestellte der Kollegen, bei der Lohnausbesserung außer Betracht bleiben sollte. Da noch obendrein die Bindung auf längere Zeit in dem Vertrag vorgeesehen war, so wurde es abgelehnt, das „Ergebnisrecht“ gegen dieses „Vingerecht“ einzutauschen. Schriftliche und mündliche Vorstellungen wurden noch eine ganze Reihe erhoben, teils durch die Kollegen selbst, teils durch die Verbandsleitung, um bestehenden Mißständen entgegenzuwirken. Leider muß betont werden, daß sich die Firmen mitunter selbst bei den berechtigten Wünschen der Arbeiter dennoch sträubten, ein Entgegenkommen zu zeigen. Das trifft vor allem auf die Firma Großmann zu, die sich bei diesen Dingen auf den Arbeitgeber-Verband stützt. Eigenartig spielten sich die Differenzen in der Gießereibereiche ab. Entgegen der Einwilligung der Verbandsleitung legten hier die Kollegen die Arbeit nieder. Da die Firma geeignete Ersatzkräfte nicht erhielt, sah sie sich gezwungen, Konzessionen zu machen, es kam zum Abschluß eines neuen Preisverzeichnisses, womit einigermaßen ein Gleichgewicht gegen etwaige willkürliche Festsetzung der Preise geschaffen wurde. Die Firma Rippes kündigte den Arbeitsvertrag mit den bei ihr beschäftigten Leuten. Die dann stattgehabten Verhandlungen führten zu einem neuen, zum Teil besseren Vertrag. In der Holzwarenindustrie von Bergmann in Solingen, Baumstraße, kam es zu Differenzen wegen Wohnherabsetzungen. Zwei Kollegen verließen deshalb die Arbeit. Die Firma versucht, Ersatzkräfte von auswärts heranzuziehen. — Bei den Federmeißlern steht der Abschluß eines Preisverzeichnisses bevor. Die Verhandlungen sind zur größten Zufriedenheit von beiden Seiten, Arbeitern und Fabrikanten, geführt worden. Auch bei den Tafelmeißelrührern hat man sich verständigen können und ist hier das Verzeichnis bereits anrückt und in Kraft getreten. — Bezüglich der Vergleichskammerfragen äußerte sich teilweise ein lebhafter Unwille, weil diese nicht rasch genug arbeiten. In der Frage kommandierten Fabrikanten werden dringend ersucht, auf Beschleunigung des Verfahrens vor den Vergleichskammern zu drängen. — Die Gewerbeinspektion wurde wiederholt in Anspruch genommen, teils mit, teils ohne Erfolg. Der Erfolg wurde speziell dort vermisst, wo es sich um innere Einrichtung der Betriebe handelt und Mißstände abgestellt werden sollen. Die darauf folgende Debatte, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligte, war manchmal sehr erregt, soweit sie sich mit dem am Orte bestehenden Industriearbeiter-Verband beschäftigte. Kollege Rapp kennzeichnete den nach Art des billigen Jakob betriebenen Mitgliederband durch den Industriearbeiter-Verband. Durch allerhand Verleumdungen suchte man den Deutschen Metallarbeiter-Verband Mitglieder abspenstig zu machen, trotzdem nehme unsere Mitgliederzahl zu, wie die Quartalsabrechnung zeigt. Daraus wurden noch einige Erfahrungen für die Ortsverwaltung vorgenommen. Die Anstellung weiterer beförderter Unterassistenten wurde der Ortsverwaltung angehängt.

Stettin. Wahrheitsliebende „Christen.“ Am 13. Oktober wurde hier eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung abgehalten, in der der „christliche“ Agitator Winter aus Berlin sprach. Der Herr wurde vom Rheinland nach Berlin verpflanzt. Im Rheinland ist ihm nämlich so oft das Maul gepöfft worden, daß es die „Christen“ vorogen, ihn in eine andere Gegend zu verpflanzen. Dieser Winter behauptete nun in der Stettiner Versammlung, daß unter Kollege Reichel im Jahre 1905 unsere Mitglieder bei Hammesfahr in Solingen als Streikbrecher in die Bude hineingetrieben habe. Reichel habe die Mitglieder an den Unternehmern verläutert. Wir haben uns sofort an unsere Kollegen in der Rheinprovinz um Aufklärung gewandt. Man teilte uns von dort folgendes mit: Bei der Firma Hammesfahr in Solingen waren Differenzen zwischen den Messerschleifern (Lokalorganisation) und der Firma ausgebrochen, weil man der Firma verboten wollte, eine Sorte Messer (blauwinde Kuchmesser) herzustellen. Und man wollte den Deutschen Metallarbeiter-Verband benützen, diese Forderung durchzubringen. Kollege Spiegel hat damals in einer Versammlung den Sozialisten erklärt, daß wir keinen Fabrikanten verbieten können, was er fabrizieren wolle, uns konnte das gleichgültig sein, die Hauptsache für uns sei, daß die Arbeiter anständig bezahlt und behandelt würden. Der in Köln hausende Gewerkschaftskongress hat Gelegenheit, maßgebenden Einfluß in den Stand der Sache zu verschaffen. Unser Hauptvorstandsmitglied Reichel nahm an einer Unterredung mit Hammesfahr und an einer Vorstandssitzung der Vorstände der Solinger Gewerkschaften teil, um sich persönlich zu überzeugen, wie die Dinge lagen. Etwaige Verpflichtungen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband waren bis dahin nicht vorhanden, weder dem einen noch dem anderen Teile gegenüber. In der Vorstandssitzung, an der Kollege Reichel teilnahm, stellte Leiter Spiegel an die Vertreter der Lokalorganisation die Frage: „Was denn eigentlich ihre Forderungen seien?“ Da erklärten die Messerschleifer: „Davon verstanden wir doch nichts.“ Aus dieser Verlegenheitsantwort ging deutlich hervor, daß die Messerschleifer mit dem wahren Grunde nicht herausfinden wollten. In der enderwarteten abgehaltenen Sitzung kam es dann beim nachmaligen Anknüpfen der Qualitätsfrage durch den Beamten der Federmeißler und durch noch zwei Vorstehende von Lokalvereinen heraus, daß es sich um das Verbot der Fabrik- oder Lohnarbeit handelte. Als sich selbst einzelne Teilnehmer (Sozialisten) gegen die Forderungen der Messerschleifer wandten, erklärte der Messerschleifer Eichhorn: „Dann darf er für uns tene Jove!“ Darauf erklärte Kollege Spiegel: „Es weißt jeder, um was es sich handelt. Wir treten dafür ein, daß Hammesfahr die Organisation der Messerschleifer anerkennt, ebenso ihr Preis- und Qualitätsverzeichnis. Was sonst aber jede Organisation mit Hammesfahr zu regeln hat, ist Sache der in Frage kommenden Organisationen selbst, weil man erklärt, daß wir davon nichts ver-

stehen und wir als Metallarbeiter den anderen Organisationen in ihre beruflichen Fragen nicht hineinreden wollen. Das einmal abgeschlossene muß auch gehalten werden.“ Diese Erklärung hat Spiegel im Zentralkomitee im Weisem fämtlicher Vorstände und auch des Redakteurs Deifel wiederholt, und aufgefordert, daß wenn er den Beschluß nicht richtig wiedergäbe, sollte man dies sagen. Es meldete sich aber niemand, und auch die Arbeiterstimme hat es nicht für nötig gehalten, dies mit zu veröffentlichen. Wir hatten mithin Wort gehalten! Der Kollege Reichel hat in der ganzen Sache nichts angeordnet, sondern war von Spiegel nur gebeten worden, zur Information für den Vorstand nach Solingen zu kommen. Wie der Winter über unseren Kollegen Reichel derartige Behauptungen aufzustellen sich erdreisten kann, mag er mit seinem „christlichen“ Gewissen abwägen. Wie isoliert die Messerschleifer waren, geht daraus hervor, daß eine der größten Lokalorganisationen (der Heiderverein) am 13. Juni ebenfalls Stellung durch Annahme folgender Resolution zu dieser Sache nahm: „Die heutige Heiderversammlung betrachtet die Streitfrage zwischen den Messerschleifern und der Firma Hammesfahr als eine Angelegenheit lokaler Natur, welche die Messerschleifer selbst auszukämpfen haben. Sie verpflichten sich jedoch, während des Streiks keine Streiarbeit zu verrichten. Von einer Streikerklärung der Heiderorganisation sieht die Versammlung ab.“ Um aber zu zeigen, daß wir (der Deutsche Metallarbeiter-Verband) keine Streibrecher stellen, lassen wir unseren damaligen Beschluß folgen: „Wo bei der Firma Hammesfahr auf Grund des Beschlusses der Lokalgewerkschaften einzelne oder mehrere Kollegen im Betrieb die Arbeit niedergelegt haben, dürfen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes diese Arbeit nicht übernehmen. Jedes Zuwiderhandeln gegen diesen Grundsatz wird als Streikbruch aufgefaßt.“ Es ist die bekannte Taktik der „Christen“, Schandtatzen, die sie selbst begangen haben, anderen in die Schuhe zu schieben, dies wollen wir beweisen durch die Handlungsweise des großen Winter bei der Aussperrung in Welbert. Dort beschloffen die Vertreter der Ausgesperrten, darunter auch Winter, beim Gewerkschaftsleiter an anderen Tage vorständig zu werden. Kann war der „alle christliche“ Jakob Winter bei seinen Getreuen, da ordnete er an, daß fünf seiner Mitglieder die Arbeit aufnehmen sollten. In anderen Tagen wurde Winter durch Wallbrecht, Möbel und den Reich-Dauerländer Ziegler ob seines Gebarens zur Mode gestellt. Sie lebten es aber bis auf weiteres ab, mit einem Menschen zusammen zu verhandeln, der im letzten Augenblick vor eventuellen Verhandlungen seine Mitglieder als Streikbrecher in die Betriebe kommandiert. Nachdem diesem Wunsch die schönsten Schmeicheleien geflohen worden waren, bequeme er sich, folgendes Telegramm von Warmen aus nach Welbert zu senden: Herrn Maximill. Welbert. Sofort die Schloffer, welche die Arbeit aufgenommen, wieder zurückziehen. Winter. So sieht es in Wirklichkeit mit den Behauptungen des Jakob Winter aus. Ein Mensch, der sich nicht scheute, mit seinem damaligen Komplizen Peter Broich, als Straßenbahner verkleidet, in eine Versammlung des Transportarbeiter-Verbandes zu gehen, um diese zu stören und um zu spionieren, der ist auch noch zu anderen Sachen fähig. Im Rheinland hat er sich unmöglich gemacht, nun versucht er es anderswo, „christlich“ zu schwindeln.

Werftarbeiter.

Danzig. (Von der hiesigen Reichswehr.) Am 23. Oktober fand wieder einmal nach einer Pause von mehreren Jahren die erste Betriebsversammlung der Reichswehrlieferanten mit nachstehender Tagesordnung statt: „Die Lohnverhältnisse der Arbeiter auf der Kaiserlichen Werft.“ Kollege Kohlsack als Referent führte den Kollegen die Ergebnisse der Werftarbeiter auf den Privatbesitz vor Augen. Die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sei ein bedeutender Fortschritt. Außerdem wurden die Akkordlohnverhältnisse durch Zugeständnisse bedeutend verbessert. Alles dieses würde ohne Arbeitsinjektion, nur durch die Macht der Organisation erreicht. Die Verhandlungen begannen am 4. Mai dieses Jahres. Die Vorteile sind auch von der letzten Werft in Königs, anerkannt. Die Staatsarbeiter haben ebenfalls ihre Wünsche gemeinsam mit den Kiel- und Wilhelmshavener Kollegen in Form einer Petition dem Reichsmarineminister eingereicht. Neun Monate sind bereits vergangen, ohne daß den Staatsarbeitern eine bestimmte Mitteilung zugegangen wäre. Zur Regelung der Arbeiterfrage brauche man in den Staatsbetrieben so viel Monate, wie in der Privatindustrie Wochen. Die Lohnsummensteigerung nehmen eine bedeutende Steigerung an, daß ist der Oberwerftdirektion bekannt. Ein Tagesbefehl gibt davon Kunde. Er lautet: „Danzig, den 30. September 1907. U. S. H. H. Bekanntmachung. 1. Wegen Wechsel des Verwalters des Werftspießschusses kann am 1. Oktober der Werftspießschuß kein Mittagessen gelöst werden. 2. Infolge der allgemeinen Steigerung der Lebensmittelpreise wird vom 1. Oktober dieses Jahres an der Preis für das im Werftspießschuß an die Arbeiter zu verabfolgende Mittagessen von 30 auf 40 Pf. erhöht. Das Arbeitsamt. z. S. Simon.“ Zur Regelung von Maßnahmen betreffend die Erhöhung der Löhne brauchte man nahezu ein Jahr, während es bei Erhöhung der Mittagessenspreise kein lautes Beginnen gibt. Da ist eine Steigerung von 33 Prozent, das richtige Maß, sehr schnell gefunden. Öffentlich werden auch die Löhne im neuen Lohnstufen eine ähnliche Erhöhung erfahren. Wie sehr die Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen zu leiden haben, beweist die Tatsache, daß ein Arbeiter vor der Kaiserlichen Werft nach seiner Tagesarbeit als Hilfswagenführer der elektrischen Straßenbahn bis gegen 2 Uhr nachts tätig ist. „Joffert“ wird die Werftdirektion nicht so kospast sein und erklären, daß der Mann nur in Übermut seine Nachtruhe opfert. Der Fall beweist, wie notwendig eine generelle Erhöhung der Löhne ist. Das Akkordsystem ist nicht das, was es sein soll. In den weitesten weissen Fällen wissen die Kolonnenführer gar nicht, wieviel Stunden bereits auf das Arbeitsstück verwendet sind. Die Kolonnen werden von den Meistern so oft gerufen, daß ein ständiger Wechsel zu verzeichnen ist. Sogar das betriebsfremde Akkordsystem wird eine Quälstation für die Arbeiter. In Schiffbauerschaft kommt es häufig vor, daß die Arbeiter eine Arbeit erhalten und der Angabe, es sei Akkord, sie sollen nur richtig reinkommen.“ Nachher, wenn die Arbeit fertig ist und der Arbeiter glaubt etwas Überschuss zu haben, dann teilt man ihm mit, es sei Lohnarbeit gemeint. Derartige erlauben sich die Meister auf den übrigen Staatswerken nicht. Ein von Wilhelmshaven nach Danzig versetzter Meister nannte die Arbeiter ganz allgemein Messerschleifer. Ten Beweis wird der gute Mann schuldig bleiben. Die Arbeitszeit ist für die Lieger bis zu 36 Stunden ausgedehnt. Eine derartige Arbeitszeit ist eines „Rüsterbetriebs“ unwürdig. Ein Vorkommnis, welches ebensowenig einem Arbeiterbetrieb angepaßt ist, ist das, daß den Seeleuten (Marinisten) im Frühjahr eine Zulage von 5 Mk. gewährt wurde. Nachdem drei Monate später die Teuerung erst recht einsetzte, wurden die 3 Mk. wieder getrichen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige stark besuchte Versammlung der Arbeiter der Kaiserlichen Werft zu Danzig erklärt ihr volles Einverständnis mit der Eingabe der Arbeiter der Werften von Kiel, Wilhelmshaven und Friedrichsort. Die Kinnenden verlangen eine andere Verfassung der Löhne, besonders die Verminderung der Zahl der Klassen neu sechs auf höchstens vier. Sie fordern ferner eine allgemeine Erhöhung der Löhne, die durch die Verteuerung der Lebensmittel unbedingt geboten ist. Es ist auch eine Abregelung der Akkordarbeit dringend abeten, berart, daß bei der anstehenden Akkordarbeit auch eine höhere Bezahlung garantiert werden muß. Ferner wird eine Erhöhung der Überstunden, Nacht- und Sonntagarbeit verlanet. Orientierten Arbeiter, die bisher in Monatslohn beschäftigt werden, verlangen Entlohnung in derselben Weise, wie die übrigen Arbeiter, weil sie sich durch den heutigen Zustand zurückgesetzt fühlen. Die Arbeiter erkennen in der Organisation, also im Deutschen Metallarbeiter-Verband, die einzige Vertretung ihrer Interessen. Sie verpflichten sich, in fester und enger Verbindung mit ihren Kollegen von den Kaiserlichen Werften der Nordsee, ihre Forderungen bei den Behörden sowie beim Reichstag und Bundesrat vorzubringen. Der Arbeiterausschuß wird beauftragt, die Sache der Arbeiter ständig zu vertreten und alle Schritte zur Abhilfe bestehender Mißstände einzuleiten.“ Die gute Stimmung in der Versammlung hat gezeigt, daß der Danziger Staatsarbeiter seine Klassenlage immer mehr und

mehr erkennen lernt, daß er gewillt ist, mit seinen Kollegen von den übrigen Staatswerken ein besseres Los sich zu erringen im Interesse seiner selbst und seiner Familie. Darum auf, Danziger Kollegen, setzen wir alles daran, unsere Reihen zu stärken. Vorwärts!

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Über die Erfolge der Gewerkschaften im Jahre 1906 berichtet die hiesige Zeitung, die der Nr. 44 des Korrespondenzblattes der Generalkommission beigegeben worden ist. Diese Zusammenstellung ist ungemein lehrreich. Wir können sie allen Kollegen, die ein besonderes Interesse daran haben, zum Studium empfehlen. Das Gesamtergebnis ist folgendermaßen: Durch Angriffsbewegungen ohne Streik wurde erreicht für 255534 Personen wöchentlich 928804 Stunden Arbeitszeitverkürzung, für 491875 Personen wöchentlich 852389 Mk. Lohnherabsetzung; durch Streik wurde erreicht für 75045 Personen 289382 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 154255 Personen 359506 Mk. Lohnherabsetzung. Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen: ohne Arbeitsinjektion in 1925 Fällen für 230247 Beteiligte, infolge Angriffsstreiks in 616 Fällen für 71361 Beteiligte. Durch Abwehrbewegungen ohne Streik wurde verhindert für 979 Personen wöchentlich 4872 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 2842 Personen wöchentlich 6197 Mk. Lohnverlängerung, durch Streik wurde verhindert für 1065 Personen 4522 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 4838 Personen 13471 Mk. Lohnverlängerung. Zu diesen Erfolgen kommen dann noch zahlreiche andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die sich zum großen Teile nicht in Zahlen veranschaulichen lassen, von den Arbeitern, denen sie zugute kommen, jedoch angenehm empfunden werden. Freilich hat es nicht verhindert werden können, daß für 708 Personen wöchentlich 3331 Stunden Arbeitszeitverlängerung, für 1122 Personen wöchentlich 2749 Mk. Lohnverlängerung und für 976 Personen sonstige Verschlechterungen eintraten. Diese Verschlechterungen werden den Betroffenen jedenfalls unangenehm genug sein. Im Vergleich mit den Erfolgen fallen sie jedoch wenig ins Gewicht. Es kommt noch hinzu, daß in sehr vielen Fällen die Unternehmer sich gar nicht so sehr dagegen sträuben, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, jedoch — zum größten Teile aus Furcht vor dem Terrorismus der Schürmacher — die Bewingung stellen, daß die Arbeiter, denen es in erster Linie um das materielle Ergebnis zu tun ist, pflegen gewöhnlich auf ein solches Anbieten einzugehen. Potentatler. Die Leipziger Notenscheher, die eine kleine, finanziell jedoch sehr gut fundierte Sonderorganisation bilden, haben vor kurzen in einer Versammlung mit 103 gegen 55 Stimmen ihren Vorstand beauftragt, mit dem Vorstand des Verbandes der Lithographen und Steinbrucker in Verhandlungen wegen Verschmelzung zu treten. Finanzielle Schwierigkeiten veranlassen die Notenscheher keineswegs zu diesem Schritte, sondern nur das Bestreben nach Konzentration der Kräfte gegenüber den Unternehmern. Gefördert wurde dies Bestreben durch den Umstand, daß die Lithographen bereits im Lithographen-Verband organisiert sind.

Transportarbeiter. Über die Warenhäuser der Firma Jankdorf & Co. in Berlin ist wegen der Entlassung von 164 Hausdienern der Boykott verhängt worden. Die Berliner Polizei ist natürlich sofort der Firma zu Hilfe geeilt, indem sie alles mögliche tat, um die Durchführung des Boykotts zu verhindern.

Töpfer. Der Streik der Berliner Töpfer ist am 1. November beendet worden. Die Innungsmeister hatten den Streik provoziert, indem sie den Töpfern einen neuen Tarif aufdrängen wollten, der bis zu 30 Prozent Lohnherabsetzungen enthielt. Durch den Widerstand der Arbeiter ist diese Absicht vereitelt worden.

Sattler. Der Vorstand des Verbandes der Sattler schreibt in Nr. 23 der Sattler-Zeitung für die ersten beiden Quartale des Jahres 1908 zwei Extrabeiträge von je 50 Pf. aus. Der Extrabeitrag wird motiviert mit den letzten schweren Kämpfen und der außerordentlichen Arbeitslosigkeit im Beruf.

In den Einigungsbestrebungen.

Der gute Wille zur Einigung, der sich bei verschiedenen Vertretern der sozialistischen Organisationen bemerkbar macht, paßt den Herren Anarchisten natürlich nicht in den Kram. Ein von diesen herausgegebenes Blättchen, das sich Der freie Arbeiter nennt, läuft dagegen Sturm und sucht die anarchischen gesinnten Lokalfaktionen gegen die Einigung scharf zu machen. Das Blättchen hat absolut keine Bedeutung, hofft aber aufstrebend, eine solche zu erlangen, wenn es ihm gelingt, seine Gesinnungsgenossen aus den Gewerkschaften um sich zu fähren.

Ein — aufstrebend hart mit anarchischen Elementen durchsetztes — Organisationsstück von rund 50 Mitgliedern, das sich Freie Vereinigung der Tapezierer Berlins nennt, hielt am 16. Oktober eine Generalversammlung ab, die einstimmig eine Resolution annahm, wonach sie mit Entschiedenheit Kenntnis nahm „von den Machinationen einzelner Angestellten und Funktionäre der zur Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften gehörigen Schiffbauers, Maurers- und Zimmererorganisationen“. Sie war „der Meinung, daß die betreffenden Personen damit, daß sie geheim und öffentlich für den Ausbruch an die Zentralkommission agitieren, gegen die Beschlüsse des 7. Kongresses verstoßen haben und sprechen ihnen deshalb jede Qualifikation ab, noch ferner als Vertrauenspersonen innerhalb der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften wirken zu können“. Die Resolution fordert ferner schärfend die Abweisung dieser „Korrupten“. Eine solche Stellungnahme war selbst der Redaktion der Einigung zu bunt. In den in Nr. 43 des Blattes erschienenen Bericht knüpft sie eine Anmerkung, wonach sie der genannten Organisation das Recht abspricht, in solcher Weise über andere Personen oder Organisationen zu Gericht zu sitzen.

Die von der Geschäftsleitung der Freien Vereinigung der Maurer veranlaßte Umfrage hat ergeben, daß 23 Vereine (darunter Berlin) sich für die Einigung ausgesprochen haben und nur drei (darunter München und Düsseldorf) dagegen. Die Geschäftsleitung teilt ferner mit, daß voraussichtlich in der zweiten Hälfte des November die Verhandlungen mit dem Zentralkomitee beginnen werden. Am 27. und 28. Dezember soll in Berlin eine Konferenz der Freien Vereinigung stattfinden, die definitiv über die Einigung beschließen wird. — Der Berliner Verein hielt am 25. Oktober eine Versammlung ab, die unter anderem eine Resolution annahm, worin er „vorläufige Vertonen oder Organisationen ersucht, für die Zukunft höflich vor ihrer eigenen Türe zu klopfen“.

Kroatien als Lohnbrücker.

Wie die Bergische Arbeiterstimme vom 1. November (Nr. 255) aus Wiesdorf-Leverkusen berichtet, läßt die in den letzten Jahren oft genannte Farbenfabrik von Friedrich Bayer & Co. zum Bau einer neuen Werkanlage 200 Kroaten kommen, die natürlich Lohnbrücker hießen sollen. Die Firma ist sehr patriotisch bekannt, sie empfangt Privatbesucher. Aber all dieser „Patriotismus“ hindert sie nicht, ungeachtet der Ereignisse, die sich kürzlich in Durbutch und in Solingen abgepielt haben (siehe vorige Nummer der Met.-Zg.), weitere Kroaten ins Land zu holen. Da kann die Rheinische-Weisefeldsche Zeitung kein was ihre Ermahnungen und Scheltungen fruchten. Das schürt die auf dem letzten Internationalen Sozialistischen Kongress beschlossene Resolution über die Ein- und Auswanderung davon, daß man uns in die Schuhe schieben kann, wir wöhlten die Einwanderung beschränken. Es gebietet uns aber unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, wie sehr die Praxis solcher Unternehmern, wie die Firma Bayer & Co., mit ihrem sonst so aufdringlich zur Schau getragenen Patriotismus in Widerspruch steht.

Der Arbeitswillige mit dem Schlagring.

Die Königsberger Volkszeitung vom 1. November (Nr. 265) berichtet folgendes aus einer Verhandlung der Königsberger Straßkammer:

